

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint
wöchentlich dreimal u. zwar Dienst-
tags, Donnerstag und Sonnabends.
Bezugspreis viertelj. 1 Mt. 50 Pf.,
durch die Post bezogen 1 Mt. 55 Pf.
Einzeln Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags, Mittwochs und
Freitags bis spätestens Mittags
12 Uhr angenommen.
Insertionspreis 10 Pf. pro dreizeh-
nspaltene Corpusszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma S. A. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion S. A. Berger daselbst.

No. 10.

Dienstag, den 22. Januar

1895.

Bekanntmachung.

Die Ortsbehörden werden an die umgehende Einreichung der noch rückständigen, zufolge früherer Bekanntmachungen nach Ablauf eines jeden Jahres bis Mitte Januar hier einzusendenden Uebersicht über die vorhandenen Ziebkinder bez. des Fehlscheines hierüber erinnert.
Meissen, den 18. Januar 1895.

Königliche Amtshauptmannschaft.
J. A. Meusel, Bezirksassessor.

Bekanntmachung.

Die Feier des Geburtstages Sr. Maj. unseres deutschen Kaisers soll seitens der Schule erst Montag, den 28. d. M., vorm. 10 Uhr durch einen

Festaktus

in der Turnhalle feierlich begangen werden. Die hiesigen Behörden, insbesondere der Schullehrer, die Eltern und Erzieher der Kinder, sowie alle Freunde unseres Schulwesens werden hierzu ganz ergebenst eingeladen.

Der Direktor der städtischen Schulen.
Gerhardt.

Der Präsidentenwechsel in Frankreich.

Nach dem hiesigen Wahlkampf und unter stürmischen Protest- und Kundgebungen seitens der Sozialisten und Ultraradikalen ist Felix Faure, der Marineminister im bisherigen Cabinet Dupuy, vom französischen Congreß zum Präsidenten der Republik an Stelle Casimir-Periers gegenüber dem Radicalen Brissot gewählt worden. Hiermit hat die überraschende Regierungskrise, welche sich in Frankreich an die wuthlose Abdankung Casimir-Periers knüpfte, zunächst wieder ihren äußerlichen Abschluß erhalten und zur Vervollständigung der neuen Regierung in diesem Lande bedarf es nur noch der Neubildung des französischen Cabinets, welche wohl im Laufe der nächsten Tage erfolgen wird. Die Wahl Felix Faure's zum neuen Staatsoberhaupt Frankreichs bekundet, daß jenseits der Vogesen noch einmal die maßvollen und besonnenen Elemente den Sieg über die immer stärker auftretenden radikalen Strömungen davongetragen haben, daß die Republik noch einmal Halt auf ihrer offenbar stets weiter nach links gleitenden Bahn gemacht hat. Denn der jetzige Präsident gehört gleich seinem Vorgänger der gemäßigt-republikanischen Richtung an und es steht darum auch unter seiner Präsidentschaft die Fortsetzung der bisherigen Regierungspolitik in der Republik zu erwarten. Da aber hat denn die Berufung Faure's an die Spitze der Republik in allen besonnenen Bevölkerungskreisen Frankreichs lebhafteste Genugthuung hervorgerufen und auch die öffentliche Meinung des Auslandes beurtheilt die Erwählung Faure's im Allgemeinen sympathisch, da man überall davon überzeugt ist, er werde die friedliche internationale Politik Carnots und Casimir-Periers fortführen. Im Uebrigen ist der neue Präsident der französischen Republik politisch allerdings noch nicht besonders hervorgetreten, trotz der verschiedenen ministeriellen Einstellungen, die er bereits bekleidet. Persönlich gilt er als ein durchaus ehrenwerther Charakter und als ein Mann von großer Willens- und Thatkraft, wofür der Umstand zeugt, daß er sich in sozialer Beziehung von einem armen Schreiber zum Chef eines der größten und reichsten Handlungshäuser und Redereigeschäfte der Seefahrt Havre emporschwingen konnte.

Ob aber die bedenkliche innere politische Lage Frankreichs eine Festigung erfahren, ob es dem neuen Staatsoberhaupt gelingen wird, der Republik den ihr so nöthigen inneren Halt wiederzugeben, das möchte freilich schon jetzt zu bezweifeln sein. Auf der einen Seite wählen die sozialistischen und ultraradikalen Elemente immer rücksichtsloser an den Grundlagen des heutigen republikanischen Frankreichs, auf der anderen Seite setzen auch die monarchistischen Parteien ihre Wählarbeiten gegen die Republik fort. Ja, der junge Herzog von Orleans glaubt anlässlich des Präsidentenwechsels seine Zeit schon jetzt gekommen, wie die zuverlässige Kundgebung des orleanistischen Thronpräsidenten an den Senator Buffet beweist, und vielleicht werden sich nächstens auch die bonapartistischen Thronandidaten den Franzosen wieder in Erinnerung bringen. Freilich scheinen weder der junge Orleans noch die jetzigen bonapartistischen Prätendenten das Zeug in sich zu haben, die Republik zu stürzen und von neuem die legitime Monarchie oder das Kaiserthum an deren Stelle zu setzen, aber die Franzosen sind ja in ihren politischen Neigungen das unberechenbarste Volk der Welt, und eine einzige lähne That dieses oder jenes französischen Thronpräsidenten könnte leicht genügen, ihm mit einem Schlage die Sympathien der großen Massen in Frankreich zu gewinnen. Andererseits arbeiten die Radikalen jenseits der Vogesen immer offener auf die Errichtung der sozialen Republik hin und so sieht sich das Staatschiff der französischen Republik gleichmäßig von den Strudeln der monarchistischen Garrobbis wie der sozialistisch-revolutionären Scylla bedroht. Die gemäßigten

Republikaner hätten wahrhaftig allen Anlaß, gegenüber dieser Doppelgefahr einig zu sein, statt dessen gestatten sie sich den kurven unheilvoller Spaltungen mit der Betreibung egoistischer Sonderinteressen. An dieser Klippe dürfte über kurz oder lang vermuthlich auch die Präsidentschaft Faure's scheitern und nachher wird allem Ermessen nach die der fahlen dritten Republik schon seit Jahren drohende politische Staatskatastrophe wohl endlich eintreten.

Tagesgeschichte.

Im Berliner Residenzschloß fand am Sonntag das große Rednungs- und Ordensfest statt, dasselbe nahm den gewohnten glänzenden Verlauf. Mit dem genannten Feste haben die Winterfestlichkeiten am Berliner Hofe ihre Einleitung erfahren, ihren Beschluß pflegt bekanntlich der fast historisch zu nennende Faustnackball im königlichen Schloß zu bilden.

Ein Jahr ist etwa verfloßen, als Kaiser Wilhelm II. die historische Flasche Steinberger Cabinet zum Fürsten Bismarck nach Friedrichruh sandte, welche, nach der vorangegangenen schweren Erkrankung des greisen Staatsmannes, die Versöhnung zwischen dem Monarchen und seinem früheren ersten Staatsmanne besiegelte. Fürst Bismarck kam am Tage vor dem kaiserlichen Geburtstage nach Berlin, und der Kaiser erwiderte den Besuch im Sachsenlande. Wieder ist ein Flügeladjutant des Kaisers in Friedrichruh gewesen, und auch der Reichskanzler Fürst Hohenlohe war dort. Daß Fürst Bismarck zum 27. Januar, oder etwas früher oder später, wieder nach Berlin kommt, erscheint wohl im Hinblick auf den schweren Trauerfall als ausgeschlossen, den wir vor Weihnachten in seiner Familie erblickten. Man hat nun gesagt, es sei nicht unmöglich, daß Fürst Bismarck in den preussischen Staatsrath wieder eintreten könne, falls diese Aderperschaft zur Bezugsachtung von landwirthschaftlichen Reformgesetzen wieder in nächster Zeit nach Berlin berufen werden sollte. Fürst Bismarck erwiderte den preussischen Staatsrath in den letzten Lebensjahren Kaiser Wilhelms I. zu neuem Leben, der damalige Kronprinz Friedrich Wilhelm und später Kaiser Friedrich ward Präsident des Staatsraths, Fürst Bismarck Vizepräsident. Seit dem Ausscheiden des eisernen Kanzlers aus dem Reichsdienste ist der preussische Staatsrath nicht wieder berufen worden. Es ist gegenwärtig auch kein Präsident der Körperschaft vorhanden, da Fürst Bismarcks Ehrenamt mit seinem Rücktritt vom Reichskanzlerposten erlosch. Natürlich würde nichts eine Wiederernennung hindern, aber man bezweifelt, und wohl mit Recht, ob Fürst Bismarck wieder eine solche Ehrenstellung annehmen wird. So lange seine Gemahlin noch lebte, wäre er mit dieser vielleicht noch einige Male zu den kurzen Staatsrathssessionen nach Berlin gekommen, heute wird es kaum noch Neigung hierzu haben. Den Posten eines unverantwortlichen Rathgebers der Krone liebt der alte Herr nicht, auf eine mündliche oder schriftliche vertrauliche Anfrage wird er aber gern antworten.

Der Jesuitenantrag ist nun wieder einmal im Reichstag zur Besprechung und in zweiter Lesung zur Annahme gelangt. Das Zustandekommen der Zulassung der Redemptoristen, welche unter anderer Firma daselbst lehren und thun, wie die Jesuiten, hat das Centrum nur noch begehlicher und siegesgewisser gemacht. Nicht ohne Grund rechnet daselbst darauf, durch das fortwährende Aufrollen der Jesuitenfrage den Bundesrath mürbe und das deutsch-evangelische Volk müde zu machen. Derselben Taktik verdankt es ja die Aufhebung so vieler Kulturkampfgesetze, von denen das Jesuitengesetz fast noch als einziger Rest zurückgeblieben ist. Und daß leider auch eine für die Sache des Deutschthums und des Protestantismus be-

denkliche Schlawheit um sich greift, hat der Antrag Rückert bewiesen, welcher, um dem Jesuitengesetz seinen Stachel zu nehmen, § 2 desselben beseitigt sehen wollte. Als ob nicht auch der einzelne Jesuit stets im Interesse des gesammten Ordens arbeite! Ebenso ist bei dem Antrag Förster übersehen worden, daß zwischen ausländischen und inländischen Jesuiten kein Unterschied ist: beide dienen nur dem Papstthum und Rom ist ihr eigentliches Vaterland. Es lohnt sich auch wohl kaum, die vom Centrumsabgeordneten Gompesch ins Feld geführten Anschauungen zu beleuchten. Die Jesuiten würden wohl selbst am ersten den Ehrentitel „deutscher Bürger“ mit Entrüstung zurückweisen, und was die Jesuiten, welche ja das Mark und die Blüte der römischen Kirche sein sollen, als Verkämpfer für Religion, Sitte und Ordnung gegenüber der Sozialdemokratie leisten, hat erst kürzlich der frühere Jesuit Hoensbroch an den Verhältnissen Belgiens gezeigt, „wo die sozialdemokratischen „Legionen“ unter den Fenstern der hunderte von Kirchen und Klöstern ihren Parademarsch in die Kammer antreten. Das Centrum mit seiner heberischen Agitation hat in mehr als einem Falle und an mehr als einem Orte in Deutschland der Sozialdemokratie die Wege gebahnt, und die Sympathie Diebsteins für die Jesuiten ist deshalb wohl begründet. Es ist wieder die alte Bruderschaft der Schwärzen und Rothen, der Polen und Esässer, denen sich einige andere Abgeordnete angeschlossen, welche die Annahme des Antrags erwidert hat. Hoffentlich erfolgt bei der dritten Lesung namentliche Abstimmung, damit das deutsche protestantische Volk weiß, welche Abgeordneten seine Sache vertreten und welche nicht. Hoffentlich wird auch das deutsch-evangelische Volk diese Abstimmung des Reichstages nicht ruhig über sich ergehen lassen, sondern deutlich zeigen, daß es das Jesuitengesetz in seinem ganzen Umfange aufrecht erhalten wissen und nichts gemein haben will mit den Künften jener so kurzschichtigen und doch so selbstbewußten Realpolitik, welche um materieller Interessen willen geistige Erzeugnisse gleichmäßig preisgibt. Uebrigens fehlt es dem ultramontanen Freudenbecher nicht an einem Tropfen Wermuth; der Bundesrath hat sich in seiner Zurückhaltung nicht beirren lassen und ist aus seinem Schweigen nicht herausgetreten. Möchte er auch weiterhin fest bleiben gegenüber dem Drängen des jederzeit zu Handelsgeschäften geneigten Centrums und nicht etwa um den Preis der Annahme der Umsturzvorlage jene zurückkehren lassen, welche allezeit die Pioniere des Umsturzes und die Väter der großen französischen Revolution gewesen sind, die Jesuiten!

Nach Erledigung des Jesuitenantrages hat sich der Reichstag zunächst mit der ersten Lesung der Novelle zu den Zuzügesehen beschäftigt, welche Beratungen am Sonnabend mit Verweisung der Vorlage an eine Commission endete. Es handelt sich bei der gedachten Novelle um wichtige und wünschenswerthe Reformen im Justizwesen des Reiches, vor allem um die Entschädigung unschuldig Verurtheilter und die Einführung der Berufung gegen die Urtheile der Erstinstanz, und recht erfreulich ist es darum, daß die Generaldebatte über die gedachte Regierungsvorlage mit Bestimmtheit die Aussicht auf eine Verständigung in Sachen der geplanten Justizreformen eröffnet hat, mögen auch in Einzelheiten noch Meinungsverschiedenheiten vorhanden sein. Am bedeutsamsten war wohl die Freitagssdebatte. In ihr sprach zunächst Abg. Penzmann von der freisinnigen Volkspartei, ein hervorragender Jurist, der auf Grund seiner reichen praktischen Erfahrungen eine sehr drastische Kritik an unseren bestehenden Rechtsverhältnissen übte und im Weiteren trotz seiner geäußerten Sympathie für die Tendenzen der Novelle erhebliche Abänderungsanträge zu derselben seitens seiner Fraktionsgenossen verhielt. In gewand